

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1.40 Pf. für die Woche, 6.-Pf. für den Monat.
Durch die Post: 2.10 Pf. für den Monat.

Hofschloßstr. Nr. 23 885
„Sozialistischer Verlag“ e. G. m. b. H., Breslau.

Anzeigenpreis: Die Spaltenne Wirttembergische oder deren Raum 0.90 Pf., andernorts 1.00 Pf.
Wochen- und Monatspreise: Familiennachrichten, Vereins- und Besondere Anzeigen 0.50 Pf.
Kleinanzeigen: Die Spaltenne, dreizehnpfennig oder deren Raum, hinter Terr. 3.-Pf.

Politische Uebersicht.

Machos zur Roten Armee übergegangen!

Stockholm, 6. Oktober. Ein Moskauer Radio meldet: In der letzten Zeit konnte man an der Front Machos (ein ukrainischer Bauernbandenführer, der in der letzten Zeit durch Eibung der rückwärtigen Verbindungen der Sowjetarmee manche Schwierigkeiten bereitet hatte. Die Red.) einen gewissen Umschwung und eine unentschlossene Haltung gegenüber der Arbeiter- und Bauern-Armee beobachten. Mit dem Vormarsch des Barons Wrangel in die Ukraine wuchs in den unteren Schichten der Gruppen Machos das Bewußtsein der Gemeinsamkeit ihrer Bauerninteressen mit den Interessen der Arbeiter und Bauern der Ukraine, die gegen Wrangel kämpfen. Unter dem Druck dieser Stimmung und der Forderung der ihm Untergeordneten wandte sich Machos an das Kommando der Südfront der Roten Armee mit der Bitte, die Kriegshandlungen gegen ihn einzustellen und ihm die Möglichkeit zu geben, mit den Abteilungen der Roten Armee gegen den Baron Wrangel zu kämpfen. Er gab das Versprechen ab, die Arbeiter und Bauern nicht zu verraten und sich dem Kommando der Roten Armee unterzuordnen. Der Vorschlag Machos wurde angenommen und ihm ein Abchnitt gegen Wrangel zugewiesen.

Troßki an die Internierten der roten Armee in Deutschland.

In einem Funkpruch aus Moskau wendet sich Troßki an die Internierten der roten Armee in Deutschland und ermahnt ihnen seinen Gruß. Er verspricht ihnen möglichst rasche Rückkehr in die Heimat. Er versichert den roten Soldaten, daß die große Mehrheit des von der Entente unterdrückten deutschen Volkes warm mit ihnen und ihren Bestrebungen sympathisiere.

Sinowjew und Bucharin kommen!

In einer Sitzung des Reichskabinetts ist entschieden worden, daß der Einreise der beiden russischen Delegierten keine Schwierigkeiten bereitet werden sollen.

Tschechischer Kommunistenklub.

Der tschechische kommunistische Abgeordnetenkklub wird aus sechzehn Abgeordneten bestehen, und zwar aus 15 Tschechen und zwei Ungarn. Wie die Prager „Tribuna“ berichtet, werden in Brünn aus der sozialdemokratischen Partei, in der die Kommunisten die Mehrheit haben, alle Führer der Rechten ausgeschlossen.

„Nur Arbeit kann uns retten.“

I.
Die Eisenmannterke „mußten“ infolge mangelnder Aufträge die Arbeit auf drei Tage in der Woche beschränken. Das Werk gehört mit zu den größten Stuttgarter Industriebetrieben.

II.

Sämtlichen Arbeitern und Angestellten der Kölner zum Konzern der Westdeutschen Eisenbahngesellschaft gehörigen Unternehmungen wurde zum 1. Januar 1921 gekündigt, weil der Betrieb wegen „Unrentabilität“ nicht mehr aufrechterhalten werden könne.

Die Eipo

Es steht — auf Grund des Spaer Abkommens — auf dem Spiel, ob die Eipo (die Eipo besteht natürlich weiter und nennt sich Drispolizei oder so ähnlich. Es sind einige Änderungen in der Organisation, Bewaffnung und Benutzbarkeit auf dem Papier vorgenommen worden, um die man sich in Wirklichkeit nicht kümmern wird. Die Eipo besteht weiter — als Schutzgarde des Kapitals.

Hortsh-Bayern.

Als Antwort auf die Interpellation der U. S. P. im bayrischen Landtag, die sich gegen den Ausnahmezustand richtete, erklärte der Orgesch-Staatssekretär Dr. Schweier, „der Ausnahmezustand sei notwendig, um den bestehenden Rechtszustand aufrecht zu erhalten“. Der bayrische Rechtszustand ist ein Rechtszustand für die Orgesch und gegen das Proletariat.

Der Streit im Berliner Zeitungsgewerbe.

Der Streit und die Aussperrung im Berliner Zeitungsgewerbe gehen mit unverminderter Wucht weiter. Bis auf einige wenige unbedeutende bürgerliche Organe und die sozialistische Presse erscheint die gesamte große bürgerliche Presse Berlins nicht. Gegenüber den Verdrängungen der Zeitungverleger, die den Angestellten vorwerfen, sie hätten ihre Forderungen unmöglich überpannt, denen sie ihr Verlangen nach Lohnabbau entgegenstellten, teilt die Zentralstreikleitung mit, daß die Angestellten im Berliner Zeitungsgewerbe durchschnittlich zu Gehältern von Mk. 400 bis Mk. 700 hätten arbeiten müssen. Ein Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, der den Angestellten eine sofortige Aufbesserung der Gehälter von 15 Prozent zubilligte, wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Sie hielten die jetzige gespannte Wirtschaftssituation für eine Kräfteprobe günstig und hoffen, Arbeiter- und Angestelltenchaft zu Boden zwingen zu können. Ihre Absicht wird an der einmütigen Solidarität des Groß-Berliner Proletariats scheitern. Auch die Buchdrucker-Gewerkschaft ist in den Streit hineingezogen worden. Vielleicht muß man sogar damit rechnen, daß ein allgemeiner Streik der Buchdrucker und Schriftsetzer einsetzt.

Die Zahl der von dem Streit der Zeitungsangestellten und der Aussperrung des tschechischen Personals betroffenen Arbeiter und Angestellten ist auf etwa 16 000 angewachsen.

Demokratie.

Das Attentat auf die sozialistische Arbeiterchaft in Groß-Berlin ist erfolgt. Die preussische Landesversammlung hat mit 161 gegen 123 Stimmen das Groß-Berliner Ausnahmegesetz angenommen. Die Demokraten bis zu den deutschnationalen machten geschlossen von ihrer parlamentarischen Macht Gebrauch. Sie redeten nicht mehr, um so schnell wie möglich ihre Beute in Sicherheit zu bringen.

Der Magistrat von Groß-Berlin soll also aus höchstens 30 Mitgliedern bestehen, von denen mindestens 12 unbesoldet sein müssen, d. h. selbst Geld genug haben, um unbesoldet die Interessen — des Bürgertums vertreten zu können, denn für unbesoldete Stadtratsposten konnten Proletarier (die kein Geld haben) beantraglich nicht in Betracht. Und das ist ja auch der Zweck der Übung. Wird sich die Berliner Arbeiterschaft den Schlag der Reaktion gefallen lassen?

Der Finanz-Diktator.

Der Reichsrat nahm eine Entschließung der Reichsregierung an, in der es heißt: Die Ausgaben in dem dem Reichsrat vorgelegten Reichshaushaltentwurf für 1920 vermehren sich, wie erst jetzt festzustellen möglich gewesen ist, durch Steigerung der laufenden Aufwendungen für Unterhaltung des Besatzungsheeres in den Rheinlanden auf 91,5 Milliarden Mark. Eingebettet hiervon sind 49,7 Milliarden Mark. Der Gesamtschuldenbetrag unter Einfluß des F. h. b. betrages und Postverwaltung beträgt somit 67,7 Milliarden Mark. Die Finanzlage ist demnach so ernst, daß das Gebot strengster und rücksichtslosester Einschränkung der Ausgaben nicht auf neue betont zu werden braucht. Je mehr zu dem die Gestaltung des Haushalts von dem in ihrem Ausmaß ungeheueren, aus den Bestimmungen des Friedensvertrages herbeigeleiteten Forderungen unserer Vertragsgegner abhängig ist, um so dringender ergibt sich die Notwendigkeit, auf allen anderen Gebieten die starke Minderung der Ausgaben eintreten zu lassen, die für ein Finanz-Staatswesen unerlässlich ist. Dazu bedarf es eines wirklichen Einflusses des Reichstags-Ministeriums auf die Gestaltung derjenigen Ausgaben, deren Vermessung in unserer Hand liegt. An die Reichsregierung richtet der Reichsrat daher die Bitte, ihre Entschließung so zu gestalten, daß das Ziel, den Finanzminister mit den zur Durchführung strengster Sparsamkeit bei den Reichsausgaben annehmbaren Machtbefugnissen auszustatten, erreicht wird.

Auch die Diktatur des Finanzministers wird am Großen Bankrott nichts ändern.

Die Moskauer Bedingungen.

(Zum Parteitag.)

3. Das „margistische“ Zentrum und der Marxismus.

E. K. Um das Wesen zentristischer Gedankengänge ganz herauszufächeln, ist es notwendig, die Eigenartigkeit der Entwicklungsbedingungen einander gegenüberzustellen, die die westlich-legalen und die östlich-illegalen Organisationen ausprägten.

Es ist nicht Zeit noch Raum, hier kilometerlange Ausführungen zu machen, deshalb gefalte man, daß diese Eigenarten formelhaft einander gegenübergestellt werden:

West:	Ost:
Gewerkschaften bedeutender als Parteien	Parteien bedeutender als Gewerkschaften
Numerisch stark verhandlungsgeschult legal	Energieart kampfgeschult illegal
Vorhandener Staatsapparat soll übernommen	soll zertrümmert werden
Demokratie	Diktatur
Positivismus	Massenterror
Nationalismus	Internationalismus
Milchmargarin	reine Margarin
Kleinbürgerliche Schicht stärker	proletarische Schicht stärker

Den Kern der Streitfrage zeigt diese Formel ganz deutlich. Vom Westen her drang der Reformismus in die Arbeiterklasse ein, vom Osten her wird er wieder hinausgedrängt; von Moskau wird die in den Sandhänken kleinbürgerlicher Illusionen festengebliebene soziale Revolution wieder flott gemacht.

In den Westländern drang die stark „gehobene“ Arbeiterklasse in den bürgerlichen Staatsapparat mit parlamentarischen Mitteln ein. Dort ist der Staat ein Teil von ihr selbst, nicht mehr klar und eindeutig die Sammelbezeichnung für die Ausbeutungsgeschöpfe der Bourgeoisie. Vertreter der Arbeiterklasse sind in vielen seiner Organe bis in wesentliche Ämter eingedrungen und benützen sie für soziale Reform, für reformistische Linderung der Folgen der Ausbeutung, nie aber zur Befreiung, sondern mehr oder weniger fähig zur Niederhaltung der Arbeiterklasse unter das Joch des Kapitalismus.

Infolge dieser Beteiligung am bürgerlichen Staat wird er dort mit ganz anderen Augen gesehen, als eine Form nämlich, die die Klasse nicht zerschlagen und durch Bildung einer eignen erften müsse, sondern die sie übernehmen könne, um sie mit ihrem eignen Inhalt zu erfüllen. Die Reformisten wollen das mit dem Stimmzettel erreichen. Sie werden also Positiven (Ablehner jeder Gewalt), Formaldemokraten usw. Anders die westlichen Revolutionäre. Die haben begriffen, daß parlamentarisch der Staat nie erobert werden kann. Sie wollen deshalb auch die Aktion, die Revolution, aber durch sie keine Zertrümmerung, sondern die bloße Eroberung des bürgerlichen Staates.

Wenn man auf unsere Verhältnisse die mit Recht so beliebte Formel von der westlichen und der östlichen Orientierung der Arbeiterbewegung anwenden will, so kann man feststellen:

- der Reformismus ist westlich orientiert,
- das Zentrum ist östlich orientiert bis zur Eroberung der Macht und westlich orientiert nach der Eroberung der Macht,
- der reine Marxismus ist östlich orientiert.

Ueber die Diktatur des Proletariats verbreitet das Zentrum deshalb recht vieldeutige Phrasen. Es benutzt die Formel gewissermaßen als Köder für die revolutionären Massen, um sie zur Tat zu loden und nach der Tat eine Demokratie vom Stapel zu lassen, die alle Wertigkeiten auslassen soll, in der also das reine Proletariat in seinen Rechten der Kleinbürger erkaufen würde.

Von den Parteien aus betrachtet, zeigt sich ein Zueinanderlaufen der margistischen, zentristischen und reformistischen Gedankengänge. Ganz rein und klar sind sie bisher wohl nur in den Köpfen weniger geschieden.

Die Entwicklung des Reformismus ging von den großen, legal arbeitenden und parlamentarisch in den bürgerlichen Staat eindringenden Organisationen des Westens aus, die des radikalen Marxismus von den kleineren, illegal arbeitenden und durch ununterbrochenen Kampf vom Staat getrennten Organisationen des Ostens. Die bürgerlichen Demokratien drangen in die Arbeiterbewegung ein, die feudalen Monarchien konnten das nicht.

In der Untersuchung des Zentrums läßt sich ganz deutlich nachweisen, in welchem Verhältnis die wesentlichen reformistischen und die stöcklich-marxistischen Tendenzen zueinander stehen, oder: in welchem Grade bürgerliche Ideologie in die U. S. P. einbrang.

Der gegenwärtige Zustand der Ideenlehre der sozialistischen Revolution ist kein endgültiger, sondern stellt nur einen Punkt in der Entwicklung dar, der mehr oder weniger klar formuliert wird durch die gegenwärtigen Parteiprogramme. Wenn man diese Lehren von den Bedingungen der Befreiung vom Massenelend in ihre Einzelteile auflöst, erkennt man sofort, daß sie praktisch ineinander überlaufen:

Reformismus: revolutionäre Überwindung des Staates	Zentrum: revolutionäre Überwindung des Staates	Marxismus: revolutionäre Bertümmerung des Staates
Beteiligung an Staats- und Gemeindegewalt (positive Arbeit)	nur an Gemeindeorganen	weder an Staats- noch an Gemeindegewalt (negative Arbeit)
selbständige Gewerkschaften	Gewerkschaft u. Partei nebeneinander	Gewerkschaft der Partei untergeordnet
weder Klassenhaß noch Klassenstolz	Klassenhaß	Klassenhaß u. Klassenstolz
Wegliche Demokratie	Demokratie aller Werktätigen	Diktatur des Proletariats
Pazifismus keine Räte	Antiterror Kampfräte	Massenterror Klassenräte
Organisationsumfang ohne Rücksicht auf Inhalt betont	Organisationsumfang u. Inhalt gleichbetont	Organisationsumfang gegen Inhalt betont

Aus der Katalogisierung ist das wesentlichste Unterscheidungsmerkmal noch nicht klar genug ersichtlich. Aus ihr geht hervor, daß die Ziele um so ferner liegen, je reiner die marxistische Lehre zum Ausdruck kommt. Der Reformismus hat sein Ziel bereits erreicht, das des Zentrums liegt direkt hinter der Revolution, die radikalen Marxisten aber werden die proletarische Revolution nur als ersten Beginn und streben nach ununterbrochener (permanenter) Revolution bis zur Vervollendung bzw. Sicherung des Sozialisierungsprozesses, der in einem Lande bekanntlich nicht durchgeführt werden kann. Sie müssen die Revolution solange am Leben erhalten, bis ein Block von Väterpublikanern zusammengeschmiedet ist, der wirtschaftlich einigermaßen selbständig existieren kann und bis jede Gefährdung des sozialistischen Zieles durch innere oder äußere Gegenkräfte beseitigt ist. Das ist nur durchführbar durch Bertümmerung der bürgerlichen Staatsorgane und durch Aufbau revolutionärer, in denen das Schwergewicht auf dem proletarischen, nicht dem kleinbürgerlichen Teile der Arbeiterklasse liegt. Ihre Vorbereitung von Demokratie (als ihrem letzten Ziele) ist die vollkommenste. Sie wissen, daß alle Macht gleich verteilt sein muß; wenn die gleiche Verteilung des Rechts nicht Papier bleiben soll, daß das Vorhandensein von Klassen (die aus ungleicher Verteilung der Macht ja hervorgehen) und Demokratie einander ausschließen, daß also der Sozialisierungsprozeß sowohl geschützt and gesichert sein muß, bis jeder Rückfall ausgeschlossen erscheint.

Militärdiktatur bezeichnet einen staatsrechtlichen Zustand, in dem alle Macht ausgeübt wird von den Sozialisierungswilligen. (Die Arbeiterklasse ist der Arm, die Partei ist die Hand der Partei.) Alle Feinde des Sozialismus werden politisch enteignet. Praktisch vollzieht sich das dadurch, daß alle politischen Rechte Vorrechte des von den konsequenten Sozialisten geführten Proletariats sind. Der übrige Teil ist enteignet, er wird diktiert gezwungen nach Seichten zu handeln, an denen er nicht mitarbeiten noch mitbestimmen darf. Jeder Versuch der Durchbrechung, der Sabotage dieser Befehle, wird mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bis zum organisierten Massenterror niedergedrückt.

Die damit gewonnene Machtstufe wird verwandt: 1. um die Nachreife anderer (hauptsächlich der im erstrebten Block herbeizuführen) Länder zu erreichen, 2. um praktisch zu überwinden den Privatkapitalismus in einem Staatskapitalismus überzuführen, 3. um den gesamten Staatsapparat für sozialistische

Reformen und Mängel bürgerlicher Erziehung in der lebenden Generation auszurufen, 4. um die schlimmsten Verlogenheiten und Mängel bürgerlicher Erziehung in der lebenden Generation auszurufen, 5. um durch Heranbildung sozialistischer Lehrer die sozialistische Erziehung der folgenden Generation zu sichern (den Sozialismus geistig zu verankern).

Es versteht sich von selbst, daß eine diesen Prozeß leitende proletarische Partei erst dann ihre diktatorische Macht abbauen kann, wenn der Gesamtprozeß völlig gesichert erscheint, daß, mit anderen Worten, der Zustand permanenter Revolution (Diktatur des Proletariats) erst dann aufgehört kann, wenn er nicht mehr notwendig ist.

Als Unterscheidungsmerkmal zwischen den reinen Marxisten und den Zentrümlern dient besonders der im Zentrum klar und deutlich ausgesprochene Verzicht auf alle Sicherungen des Sozialisierungsprozesses. In dem das Zentrum die durch siegreiche Revolution gewonnene Macht nämlich auf alle Werktätigen verteilen will, gibt es ganz offensichtlich den kleinbürgerlichen Schichten (nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch denen des Bürgertums) ein derartiges Uebergewicht, daß praktisch der Sozialisierungsprozeß in Frage gestellt ist. Das aber noch wird, selbst bei ganz enger Auffassung des Begriffes „Werktätiger“, gefährdet die Sicherheit der Revolution selbst, weil die mit ihrer Sicherung beauftragten Volksteile mit all ihren pazifistischen und antiterroristischen Illusionen in keiner Weise die notwendige Mindestenergie gewährleisten, wahrscheinlich sogar konterrevolutionär werden, wenn man den Ausbeutern Propagandamöglichkeiten läßt. Deshalb fällt es den zentrümligen Politikern auch leicht, die wohl überall vorhandene subjektive Antipathie gegen den Terror politisch wirksam zu machen.

Die Räte des Zentrums streben nach einer demokratischen Verbreiterung hin, die sich ausgesprochen gegen die rein proletarischen Schichten richtet. Die Räte der revolutionären Marxisten aber streben danach, die von den Proletariaten getragenen entschiedenen und konsequenten Klassenkämpfer an die Macht zu bringen und sie ihnen als der zuverlässigsten Schicht zu erhalten.

In Wahrheit handelt es sich bei der Gegensätzlichkeit zwischen Marxisten und Zentrümlern natürlich um den Gegensatz Diktatur-Demokratie, so verschleiert er auch bisher (bis zur Revolution selbst) noch austritt und so energisch auch die Opportunisten ihr Lippenbekenntnis zur Diktatur in die Welt schreien. Sehr oft hört man die Unterscheidungen zwischen den Begriffen „Diktatur des Proletariats“, „Diktatur der Arbeiterklasse“ und „Diktatur der Werktätigen“ heraus. Die letzte Form trägt den Stempel der Unwahrscheinlichkeit ganz deutlich an der Stirn, wenn man beachtet, daß auf die Demokratie innerhalb dieser die „Diktatur“ ausübenden Werktätigen der Hauptwert gelegt wird. Die Anwendung der Diktatur wird zum kindischen Fastnachtsüberzug, wenn die diktatorischen Maßnahmen ausgehen sollen von der Mehrheit aller Werktätigen Deutschlands, die ohne allen Zweifel antidiktatorisch ist!

(Fortsetzung folgt)

Die Diktatur von Moskau.

Von G. Sinowjew.

Alle Beschlüsse des ersten konstituierenden Kongresses der Kommunistischen Internationale sind von der Idee durchdrungen, daß die Kommunistische Internationale zentralisiert arbeiten muß, als dies bei der 2. Internationale der Fall war. Das Internationale Büro der 2. Internationale war im Grunde genommen lediglich ein Informationsorgan. Die internationalen Kongresse der 2. Internationale waren Paradenveranstaltungen, auf denen man die kritischsten Fragen zu umgehen suchte. Die auf den Kongressen der 2. Internationale gefassten Beschlüsse wurden von den verschiedenen Parteien auf Schritt und Tritt verletzt. Und eigentlich galt es allen „ernsten“ Funktionären der 2. Internationale als selbstverständlich, daß die Beschlüsse der 2. Internationale für niemanden irgendetwas bindend waren.

Die 3. Internationale kann nicht auf solcher Grundlage bestehen. Die 3. Internationale ist als wahrhafte internationale Arbeiterassoziation gedacht und organisiert, die planmäßig und organisiert den Sturz des Kapitalismus herbeiführen will. Der imperialistische Krieg von 1914 bis 1918 hat die Schicksale der Arbeiter aller vorgeschrittenen Länder einheitlich verknüpft. Jeder Klassenbewusste Arbeiter begreift, daß der Kampf der Arbeiterklasse eines Landes nicht mehr denn je unzertrennlich verbunden ist mit dem Kampf der Arbeiterklasse in den anderen Ländern. Die Bourgeoisie der herrschenden Länder sucht in Form des „Völkerbundes“ ihren zentralisierten Apparat zu schaffen, zu dessen Hauptaufgaben der systematische Kampf gegen die kommende proletarische Revolution gehört. Das internationale Proletariat ist voll und ganz in die Phase des unmittelbaren Kampfes um die Macht eingetreten. Der Klassenkampf nimmt fast in der ganzen Welt den Charakter des Bürgerkrieges an. In dieser Epoche muß das internationale Proletariat sich unbedingt einen regelrechten Generalstab schaffen, der allen Besonderheiten der Bewegung in den verschiedenen Ländern Rechnung zu tragen hat, der alle Besonderheiten der proletarischen Bewegung in der ganzen Welt zu kombinieren, der zugleich aber auch den Kampf der Proletarier aller Länder zu zentralisieren versteht. Von dieser allgemeinen Anschauung ging das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in seiner gesamten Tätigkeit aus. Es erachtete es für sich nicht nur als zulässig, sondern als verbindlich, sich in die Arbeit der Parteien „einzumischen“, die der Kommunistischen Internationale angehören oder angehören wollen. Es hat die Autonomie der einzelnen Parteien nicht angetastet und beabsichtigt auch nicht sie anzutasten, soweit es sich um rein lokale Fragen handelt. Aber es ist verpflichtet, allen der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien Fingerzeige zu geben, soweit es sich um Fragen von internationaler und prinzipieller Bedeutung handelt.

Das Exekutivorgan der 3. Internationale hat selbstverständlich vor allem in einen harten Kampf mit der 2. gelben Internationale eintreten müssen, die nach Beendigung des imperialistischen Krieges wieder aufleben versuchte. Die Organisierung der Kommunistischen Internationale wurde von den alten offiziellen sozialdemokratischen Parteien mit Bähneknirschen ausgenommen. In der ganzen hundertstimmigen „sozialdemokratischen“ und „sozialistischen“ Presse der Sozialverräter und der Anhänger des „Zentrums“ begann eine unerhörte Heiße gegen die eben geborene Kommunistische Internationale. Die Arbeiter wurden betrogen, den Arbeitern suchte man die Sache so darzustellen, als ob die Kommunistische Internationale einfach eine „Moskauer Erfindung“ wäre, hinter der gar keine reale Macht stehe. Unsere Stellungnahme wurde auf tausendfache Weise entstellt. Man suchte den Arbeitern einzureden, die 3. Internationale fordere von allen Parteien, sofort die sozialistische Revolution zu „machen“, ohne auf das Kräfteverhältnis im betreffenden Lande irgendwie Rücksicht zu nehmen. Man täuschte den Arbeitern vor, daß die Kommunistische Internationale die Arbeiter verpflichtete, unbedachte Aufstände und „Putzche“ zu unternehmen.

Gegen all diese offiziellen Lügen mußte das Exekutivkomitee den Kampf aufnehmen. Der wesentlichste organisatorische Wunsch, den das Exekutivkomitee auspricht, besteht in folgendem: es ist notwendig, daß jede kommunistische Partei, die zur Kommunistischen Internationale gehört, unter allen Umständen je einen Vertreter bestimmt, der sich ständig am Aufenthaltsort des Exekutivkomitees befindet und regelmäßig an den Arbeiten des Exekutivkomitees teilnimmt. Wir brauchen unterrichtete, vorbereitete und maßgebende Sekretäre für jedes Land. Solche Sekretäre können nur Delegierte sein, die von den Zentralkomitees der entsprechenden kommunistischen Parteien entsandt werden.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale wird aller Wahrscheinlichkeit nach in nächster Zeit nach wie vor in Sowjet-Rußland verbleiben müssen. Selbstverständlich

Der Terrorismus.

Von L. Trotzki.

(Aus dem ausgezeichneten und sehr wichtigen Buch von L. Trotzki: „Terrorismus und Kommunismus“, herausgegeben von dem Sekretariat der Kommunistischen Internationale.)

Das Hauptthema des Buchleins von Kautsky bildet der Terrorismus. Die Aufhebung, als gehört der Terrorismus mit zum Wesen der Revolution, erklärt Kautsky für einen widerwärtigen Irrtum. Es ist nicht wahr, daß derjenige, der die Revolution wolle, sich auch mit dem Terrorismus abfinden müsse. Was ihn, Kautsky, anbelangt, so ist er im Gegenteil für die Revolution, aber entschieden gegen den Terrorismus. Weiter beginnt er aber Schwärzereien.

„Die Revolution — sagt Kautsky in seinem Buch „Terrorismus und Kommunismus“ bringt uns den blutigsten Terrorismus, der von sozialistischen Regierungen angezählt wird. Die Bolschewiki in Rußland gingen damit voran, sie wurden deswegen von allen Separatisten, die nicht auf dem bolschewistischen Standpunkt standen, darunter auch den heutigen Reichsregierungen, aufs schärfste verurteilt. Aber kann jenseitig diese sich in ihrer Herrschaft behaupten, greifen sie zu denselben Mitteln des gleichen Schwärzereigentums, das sie eben noch im Osten geschworen haben.“ Hieraus folgt, daß die Revolution gegen den Terrorismus verstanden ist, als die einzige Sache, die man machen sollte. Kautsky aber kommt zu einer durch entgegengegesetzte Schlussfolgerung: die gegenwärtige Entwicklung des westlichen Terrorismus ist in allen ihren Revolutionen, — der russischen, deutschen, österreichischen und ungarischen, — gegen ihn davon, daß diese Revolutionen von ihrem rechten Wege abzuweichen seien und sich nicht als die Revolutionen erweisen haben, die den eigentlichen Terroristen Kautsky entsprechen. Dagegen ist die Förderung der Frage zu verwerfen, ob der Terrorismus „als solcher“ in der Revolution „als solcher“ begründet ist.

wollen wir uns bei dem Beispiel einiger Revolutionen aufhalten, wie sie es uns in der lebendigen menschlichen Geschichte vorübergezogen sind.

Rufen wir uns zuerst die religiöse Reformation, diese Wasserstraße zwischen der mittelalterlichen und neuen Welt ins Gedächtnis: je tiefer die Interessen der Volksmassen waren, die sie berührte, desto größer war ihre Macht, desto heftiger entfaltete sich unter dem religiösen Banner der Bärgerkrieg; desto schonungsloser gewaltete sich auf beiden Seiten der Terror.

Im 17. Jahrhundert machte England zwei Revolutionen durch: die erste, die große soziale Erschütterung und Kriege hervorrief, führte unter anderem zur Hinrichtung König Karls I., die zweite aber endete glücklich mit der Thronbesteigung einer neuen Dynastie. Die englische Bourgeoisie und ihre Führer schätzten diese Revolution ganz verschieden an: die erste ist für sie der Triumph des „großen Aufstiegs“; der zweiten haßte die Bourgeoisie die „glorreichen Revolution“ an. Die Ursache eines solchen Unterchiedes der Meinung hat schon der französische Historiker Augustin Thierry erklärt: in der ersten Revolution, im großen Aufstiege, war das Volk die handelnde Person, in der zweiten bewachte es sich „Euchthaus“. Hieraus folgt, daß es schwer ist, unter den Bedingungen der Klassenschichtung den unterworfenen Massen gute Manner zu beibringen. Aus der Fassung gebracht, werden sie den Knäuel, den Stiel, das Feuer und den Strick an. Die Historiker schreiben der Arbeiterklasse sich bei. Aber als großes Ereignis ist in die Geschichte des neuen (bürgerlichen) Englands trotzdem nicht die „ruhmvolle“ Revolution, sondern der große Aufstiege aufgenommen.

Nach der Reformation und dem „großen Aufstiege“ bildet das große Ereignis der neuen Geschichte, das die beiden vorhergehenden an Bedeutung weit übertrifft, die Große Französische Revolution des 18. Jahrhunderts, die ihre beiden Vorgängerinnen an Bedeutung weit übertrifft. Dieser

klassische Revolution entspricht ein klassischer Terrorismus. Kautsky ist bereit, den Jakobinern den Terror zu verzeihen, da er annimmt, daß sie durch andere Maßnahmen die Republik nicht retten konnten. Doch mit dieser nachträglichen Rechtfertigung ist niemandem geholfen. Die Kautsky vom Ende des 18. Jahrhunderts (die Führer der französischen Girondisten) haben in den Jakobinern eine Höllebrut. Der jeder eines der speißbürgerlichen französischen Historiker entstammt folgender, in seiner Brutalität genügend lehrreiche Vergleich zwischen den Jakobinern und den Girondisten: „Die einen wie die anderen wollten die Republik... Aber die Girondisten wollten eine freie, gesetzgebende, gnädige Republik. Die Montagnards wünschten (!) eine despotische und schreckliche Republik. Die einen wie die anderen verfolgten die Oberherrschafft des Volkes; unter Volk aber verstanden die Girondisten alle; für die Montagnards... war das Volk nur die wertvolle Klasse; darum mußte, nach der Meinung der Montagnards nur diesen Leuten die Herrschaft gehören.“ Der Gegensatz zwischen den großmütigen Rittern der Konstante und den blutigen Trägern der revolutionären Diktatur ist hier mit genügender Vollständigkeit angedeutet, nur in den politischen Ausdrücken der Epoche.

Die eiserne Diktatur der Jakobiner war durch die ungeheure schwere Lage des revolutionären Frankreichs hervorgerufen. Darüber erzählt ein bürgerlicher Historiker folgendes: „Die ausländischen Truppen hatten das französische Territorium von vier Seiten bedrängt: von Norden — die Engländer und Oesterreicher, im Osten — die Preußen, in der Donau bis Lyon — die Piemontesen, in Roussillon — die Spanier. Und das zu einer Zeit, wo der Bürgerkrieg von vier verschiedenen Parteien wüthete: in der Normandie, in der Beauce, in Lyon und Loulon.“ Hierzu müssen noch die inneren Feinde hinzugefügt werden, die zahlreichen heimlichen Anhänger der alten Ordnung, die bereit waren, dem Feinde mit allen Mitteln zu helfen.

(Fortsetzung folgt)

aber wird sobald die proletarische Revolution ihr Gebiet erweitert, das Exekutivkomitee in eine europäische Hauptstadt verlegt werden müssen, die für die allseitige Bedienung der Interessen der internationalen proletarischen Revolution bequemer gelegen ist.

Republik Deutschland

1. Betriebsrätekongreß Deutschlands.

Berlin, den 7. Oktober 1920.

3. Tag.

Der Vorsitzende Reinickens eröffnet die Sitzung. Diese beginnt gleich mit einer stürmischen Geschäftsordnungsdebatte. Böhmsack-Niel und Reich-Hamburg beantragen in Anbetracht der geringen Zeit die Korreferate abzulehnen, um den Delegierten mehr Gelegenheit zu geben zur Diskussion. Dieser Antrag ruft stürmischen Widerspruch des Kongresses hervor. Der Antrag wird abgelehnt, so daß es bei den Korreferaten bleibt.

Es erhält nunmehr Ditzmann das Wort zu seinem Referat: „Die Aufgaben der Betriebsräte.“ Er beginnt, daß sich die Betriebsräte wirtschaftlich und politisch zu organisieren haben und zwar sozialistisch. Wir stehen nicht mehr im Zeichen der Propaganda, sondern im Zeichen der Revolution und unsere Aufgabe ist der Sozialismus. Der ökonomische Keisegrad für den Sozialismus ist vorhanden, aber die Arbeiterklasse schlägt sich noch national die Köpfe blutig, während das Kapital sich international schon längst ausgehöhlt hat. Redner schildert dann die anarchischen Zustände im Wirtschaftsleben, den Ausverkauf Deutschlands, den Abbruch und Verkauf von Fabriken und Maschinen u. v. So bekamen wir die gewaltige Arbeitslosigkeit. Wer die Not und das Elend der Arbeitslosen und ihrer Familien kennt, der weiß und begreift, wie sich ihrer eine Verzweiflungsbekämpfung bemächtigt. Diese Stimmung auszunutzen und die Arbeitslosen zu Putsch aufzuheben, das kann der Dummste. Wir machen das nicht mit, sondern bemühen uns mit allen Kräften, den Arbeitslosen zu helfen. Wenn der Konarß das nun mit nach Hause nehmen wollte, nicht die Zersplitterung der Arbeiterklasse, sondern die Einigkeit zu fördern, dann hätte er damit schon genug geleistet.

Zum Betriebsrätegesetz übergehend, bemerkte der Redner, daß dies Gesetz als eine Frucht der Revolution geboren, von vorn bis hinten durch einen elenden Kuhhandel hinter den Kulissen zu einem Hemmnis der Arbeiterbewegung geworden ist. Die Aufgaben der Betriebsräte sind 1. die nächsteren Aufgaben im Betriebe, dann aber haben sie die revolutionären Aufgaben im Sinne des Sozialismus zu erfüllen. Die Betriebsräte müssen sich vor allem Achtung und Respekt bei den Unternehmern erringen. Sie erringen dies nicht, indem sie revolutionäre Phrasen dreschen, sondern indem sie zeigen, daß sie etwas wissen, wollen und können. (Lebhafter Beifall.) Ich rate den Betriebsräten davon ab, sich freistellen zu lassen, sie verlieren dadurch das Vertrauen ihrer Kollegen und geraten leicht in die Versuchung, der Verführung durch die Unternehmer zu unterliegen. Der revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse muß zugleich ein wirtschaftlicher und politischer Kampf sein. Ohne politische Macht kann die Wirtschaft nicht dauernd beherrscht werden und ohne wirtschaftliche Macht kann die politische Macht nicht dauernd behauptet werden. Der Kapitalismus läßt sich nicht den Schwanz stückweise abhacken, deswegen müssen die Umstände erst soweit reifen, bis man ihn auf einen Kuck zu Boden werfen kann. Die Betriebsräte sind es, die dabei ihr gut Teil mitzählen können. Die politischen Arbeiterräte, die man jetzt fordert, können nur erst einen Zweck haben, wenn wir die politische Macht erobert haben. Wer das Rätesystem ernst nimmt, der läßt es nicht vermasseln durch Experimente, die nur Schaden anrichten können. Die Gewerkschaften sind zu revolutionisieren. Besondere Betriebsrätezentralen sind schädlich für die geschlossene Front. Wenn die Gewerkschaftsmitglieder mit wahrem revolutionären Geist erfüllt werden, dann kann der Geist Legions auch aus den Gewerkschaften herausgebracht werden. Wir haben es allmählich satt, uns den Befreiungskampf durch gehässige Parteipolemiken vergiften zu lassen. Nicht zerreißen, sondern zusammenschweißen, das ist unsere Aufgabe. Die Gewerkschaftsfront ist die einzige, die wir haben und wer sie zerreißt, der veründigt sich an der gesamten Arbeiterbewegung. Wenn der Bruderkampf so weiter geht wie bisher, dann stoßen wir die Kräfte, die wir brauchen, von uns ab und gefährden dadurch unseren Sieg. Wenn es uns gelingt, zur sachlichen Arbeit zu kommen, dann wird es uns gelingen, diese Kräfte zu uns herüberzuziehen. Dann würden wir die Einheitsfront haben. Darum soll es jetzt heißen: Proletariat aller Länder zerschlagt Euch nicht die Köpfe m. hr., sondern einigt Euch. (Lebhafter Beifall.)

Nach diesem Referat macht der Vorsitzende Mitteilung von der Aussperrung der Zeitungsgewerkschaften. Der Kongreß gibt ohne Debatte seine Zustimmung zu einer Erklärung, in der dieser Kampf als eine Sache der gesamten Arbeiterklasse bezeichnet wird, d. h., er der Solidarität aller Arbeiter und Angestellten würdig ist.

Dann spricht Kortel (Ipa) als 2. Referent über die Aufgaben der Betriebsräte. Er schildert die vielfachen Versuche der Unternehmer, das Betriebsrätegesetz zu sabotieren und fordert zum Kampf um die Verbesserung auf. Diese Verbesserung müsse sich besonders mit einem Ausbau des Mitbestimmungsrechtes und der Bilanzvorlage befassen. Der Redner richtet auch von dieser Stelle nochmals an die Betriebsräte der Angestellten die dringliche Mahnung, den bereits in der Presse veröffentlichten Aufruf der Ipa zur Kontrolle der Produktion Folge zu leisten. Es liegen verschiedene Anträge vor, die sehr wertvolles Material enthalten. Es ist wünschenswert, daß die Betriebsräte alles wichtige Material dem Beirat zuschicken. Redner wendet sich dann gegen die selbständige Betriebsrätebewegung, die er für falsch hält und appelliert an die Angestellten und Arbeiter, sich gegenseitig zu unterstützen. (Beifall.)

Ueber die Zusammenfassung der Betriebsräte referiert Prolat. Die Revolution habe mit ihrem Verlauf nicht befriedigt. Der Weg sei aber frei, um nicht nur das Mitbestimmungsrecht, sondern sogar das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiterklasse im Produktionsprozeß zu erringen. Dazu gehört aber, daß die Betriebsräte nicht von den Gewerkschaften abgetrennt werden. Der Redner verweist dann auf eine von ihm eingebrachte Resolution in diesem Sinne und verzichtet auf weitere Ausführungen.

Leere Versprechungen.

Fritz Ebert hat geruht, sich mit der Not und dem Elend der breiten Massen des Proletariats zu befassen. Zusammen mit Vorstehern des Reichsernährungs- und des Reichsarbeitsministeriums wie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat er über Unternehmerfabrikation, Arbeitslosigkeit, Feuerung gesprochen. Herausgekommen sind folgende „Richtlinien“:

1. Eine Verordnung, betreffend Abbau und Stilllegung von Betrieben geht vom Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministerium in den allerersten Tagen dem Reichstag zu. Diese neue Verordnung dürfte den Wünschen der Arbeiterklasse im wesentlichen gerecht werden.

2. Die Mittel der produktiven Erwerbslosensfürsorge werden in letzter Zeit ausgiebig in Anspruch genommen und über das bisher vorgesehene Maß hinaus zur möglichsten Beseitigung der Arbeitslosigkeit verwendet werden. Das Reichsamt für Arbeitsvermittlung, dem die Erledigung der einschlägigen Anträge im einzelnen obliegt, wird sein möglichstes tun zur schleunigen Erledigung. Dabei sollen diejenigen Bezirke und Industrien, welche gegenwärtig vornehmlich Not leiden, besondere Berücksichtigung finden. Durch Kabinettsbeschlüsse sind bereits sämtliche Reichs- und Staatsbetriebe angewiesen, alle nur möglichen Bestellungen jetzt herauszugeben.

3. Die Unterstützung der Arbeitslosen wird gegenwärtig erhöht. Zurzeit kommen die bereits vor mehreren Wochen bewilligten besonderen Beihilfen für langfristige Erwerbslose mit Familie zur Auszahlung. Die vom 6. Auszug des Reichstages eingeleitete Unterkommission hat mit dem Arbeitsministerium über die Anpassung der Arbeitslosenunterstützung an die Bedürfnisse des Winters am 1. Oktober zu beraten. Das Ergebnis dieser Beratung, das auf eine Erhöhung der laufenden Unterstützung für die Wintermonate hinausläuft, wird in den nächsten Tagen Gegenstand einer Kabinettsberatung sein.

4. Die Regierung ist in letzter Zeit mit Erfolg bemüht, mit Hilfe des Zusammenschlusses der Produzenten auf der einen Seite und der gewerkschaftlichen Verbände als Arbeitnehmerorganisationen auf der anderen Seite die Preise wichtiger Verbrauchsgegenstände zu verbilligen. Bei den Eisenbahnen ist diese Aktion schon in Wirklichkeit getreten. Sie wird in aller nächster Zeit weitere Anwendung finden.

5. Am 28. September kam zwischen Führern der Landwirtschaft, des Handels und der Arbeiterklasse eine Vereinbarung zustande, wonach ein Preis von 25 M. je Zentner Kartoffeln Erzeugerpreis in keinem Falle überschritten und dort, wo es die örtlichen Produktionskosten gestatten, dieser Preis nach Möglichkeit gefestigt werden soll. Diese Vereinbarung hat eine gewisse Beruhigung hervorgerufen. Alles kommt aber auf ihre entsprechende Durchführung in den einzelnen Reichsteilen an. Die Ernährungsminister der einzelnen Länder sind deshalb vom Reichsernährungsministerium bereits schriftlich und auf der Ernährungskonferenz der Minister, die am 1. Oktober in Berlin tagte, auch mündlich ersucht worden, ihrerseits auf das Zustandekommen örtlicher Vereinbarungen im Sinne des Abkommens vom 28. September mit allem Nachdruck hinzuwirken.

Diese Festsetzungen sind nichts weiter als leere Versprechungen und Verbröckelungen auf alle möglichen Maßregeln und Instanzen von Leuten, die sich nicht mehr zu helfen wissen. Was sie zum Abbruch der Betriebe, zur Arbeitslosensfürsorge, zur Verbilligung der Lebensmittel sagen mögen: überall verrät sich ihr ängstliches Bemühen mit dem Kapitalismus, innerhalb seiner Schranken unter Schonung und Förderung des Unternehmertums, durch ein paar Reformchen, die nie Wirklichkeit werden, zu bessern.

Aber nicht durch den Kapitalismus, sondern durch seine Aufhebung, nicht mit dem Unternehmertum, sondern gegen es, nicht mit der Hilfe des bürgerlichen Staates, sondern durch die proletarische Machtgewalt allein die Probleme gelöst werden können, deren Lösung uns die salbungsvollen Worte auch Fritz Eberts um keinen Schritt näher bringen.

Aus der Partei.

Ein feiner Plan des Zentralkomitees. Die rechtsstehende Parteibureaukratie der U. S. P. erweist sich als gelehrige Schülerin der Methoden Eberts und Scheidemanns in den glorieichen Jahren des Burgfriedens des Belagerungszustandes. Zwar hilft den Crispins und Dittmann keine Regierung bei dem edlen Bestreben, die Opposition zu erwürgen; aber diese Herrschaften wissen sich selbst zu helfen. Sie verhängen den Belagerungszustand über die ganze Richtung innerhalb der Partei, die ihnen nicht paßt. Nachdem sie gegen die Beschlüsse des Leipziger Parteitag die Urwahl ausgeführt haben, weil sie wußten, daß die Parteibeamten, die Sekretäre, kurzum die ganze Partiemaschine, in ihrem Sinne arbeiten würde, nachdem sie durch einen unglaublichen Gewaltakt große Organisationen, wie Hamburg, ihrer Vertretung auf dem Parteitag von vornherein beraubt haben, um den radikalen Fingel zu schwächen, gehen sie jetzt dazu über, auch die Halleische Arbeiterkraft um ihr Delegationsrecht zu betrügen.

Der Antibolschewist Wilhelm Dittmann hat ausgeplaudert, welche Schufigkeit man im Schilde führt. Er kündigte dem Halleischen Parteivorstand, Genossen Lema, an, das Zentralkomitee werde, wenn in Halle die Urwahlen in beabsichtigter Form vorgenommen würden, die Halleischen Mandate lassen lassen. Wie fest Dittmann bereits mit der Ungültigkeitserklärung der Halleischen Mandate rechnet, das zeigt folgende Frage, die er mehrmals eindringlich an Lema richtete:

„Können Sie mir die Garantie dafür geben, daß der Parteitag hier ungestört weitergehen kann, wenn Ihre Halleischen Mandate laßiert werden?“

Dittmann und seine Freunde äußerten die Befürchtung, die Mansfelder Arbeiter würden nach Halle kommen, um den Parteitag mit Knüppeln auseinander zu jagen. Die Herrschaften folgten ein sehr böses Gewissen zu haben!

Urwahlen - Resultate.

Nachstehend geben wir eine Anzahl weiterer Resultate:	Für	Gegen
Groß-Leipzig (einschließlich Meißel)	2606	12612
Ortmann-Oschay	307	1047
Borna-Rochlitz	413	338
Mülowitz	44	157
Potsdam 4	2828	2214
Teltow-Beeslow	7698	7514
Dölich-Bitterfeld	1402	789
Bernburg-Anhalt	1408	385
Eisenach-Blanka	285	182
Kreis Düsseldorf	2692	2678
Bezirk Baden	1166	202
Bezirk Kiel	3808	2471
Schleswig-Holstein	4007	2789
Halle a. S.	5648	1044
Hagen-Land	264	337
Kreis Schwelm	217	554
Altena-Flerlohn	328	216
Arnsberg-Schwerte	190	95
Freistaat Braunschweig (vorläufig)	1909	2631

Gewählte Delegierte.

	Für	Gegen
Schleswig-Holstein	5	4
Halle a. S.	12	1
Potsdam 4	10	7
Hagen-Stadt	2	—
Kreis Schwelm	—	1
Altena-Flerlohn	2	—
Arnsberg-Schwerte	1	—

Parteitag der U. S. P. Die Zentrale der U. S. P. veröffentlicht in der „Roten Fahne“ die Tagesordnung des Parteitages, den sie zum 2. November einberufen hat. Ueber die politische Lage referiert Thalheimer, Levi erstattet den Bericht vom 2. Kongreß der dritten Internationale, Brandler spricht über „Betriebsräte und politische Arbeiterräte“, während Lange über die kommunistische Tätigkeit in den Gemeindeparlamenten referiert.

Kapitalistische Wirtschaft.

Deutschlands wirtschaftliche Lage im September.

Darüber schreibt die kapitalistische, aber gut orientierte „Industrie- und Handelszeitung“ u. a.:

Trotz eingetretener Besserung in einzelnen Wirtschaftszweigen blieb die wirtschaftliche Lage Deutschlands im September ungünstig. Im allgemeinen waren im Berichtsmont dieselben trüben Erscheinungen in der Wirtschaftslage zu beobachten wie in den Vormonaten.

Die allgemeine Arbeitsmarktlage

bleibt immer noch ein ungünstiges Bild. Wenn auch für einige Berufe im Laufe des Berichtsmontes eine leichte Besserung festgestellt werden konnte, so hatten andere Berufsgruppen weiterhin unter einer klauen, teilweise sogar stillliegenden Geschäftstätigkeit zu leiden. Vor allem in der Metallindustrie hielt der Tiefstand des Beschäftigungsgrades in unverminderter Stärke an. Aber auch andere Gewerbe, z. B. das Holz- und Schnitzstoff-, das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, die Leder- und Papierindustrie, wiesen, abgesehen von örtlichen Besserungen, im allgemeinen die gleiche Lage auf. Durch Absatzrückgang und Kohlenmangel bedingte Betriebseinschränkungen und Stilllegungen drückten die Arbeitsmarktlage. Die Meldungen der Demobilisierungskommissare über die am 15. September in ihren Bezirken unterstützten Vollerwerbslosen zeigen zwar eine Abnahme der Erwerbslosenziffer (es wurden gezählt: am 1. August 403 878, am 15. August 411 565, am 1. September 419 875 und am 15. September 403 331 unterstützte Vollerwerbslose), in dessen erscheint die Besserung in diesen Ziffern unerheblich gegenüber der von der Statistik schwer zu fassenden wirklichen Arbeitslosigkeit. Bisher konnten die Landwirtschaft, die Textilindustrie und zum guten Teil das Bekleidungs- und das Baugewerbe zur Entlastung des Arbeitsmarktes von dem Ueberangebot an Arbeitssuchenden beitragen. In einzelnen Gegenden ließ aber schon der Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften nach. Die mangelnden Unterkunftsbedingungen im Bergbau und teilweise auch in der Landwirtschaft legen nach wie vor der Vermittlungstätigkeit Beschränkungen auf. Inwiefern die Berufe mit günstigerem Geschäftsgange und steigendem Beschäftigungsgrade und die in Angriff genommenen Restarbeiten sich für Arbeitslose weiterhin als aufnahmefähig erweisen werden, und die hier zu bemerkende Besserung auf die anderen Gewerbe übergehen wird, muß abgewartet werden. Die Erwerbslosenzahl bleibt nach wie vor drückend.

Auf dem Eisenmarkt

bleibt die allgemeine Unsicherheit und Zurückhaltung wie im Vormonat weiter an. In Erwartung weiterer Preissteigerungen gingen Bestellungen wenig ein; der Absatz im Inlande stieg vollkommen. Das Auslandsgeschäft ließ hart nach. Die Ausfuhrabgaben sollen erschwerend gewirkt haben. Die Wagenstellung war befriedigend. In der industriellen Erzeugung machten sich die verhängnisvollen Folgen des Kohlenabbaus sehr von Spaa bemerkbar. Eine Reihe von Hochöfen kam zum Stillstand, so auf Dortmunder Union, Gelsenkirchen, Gaspa und anderen. Bei vielen Werken mußten Feierschichten eingelegt werden. Das Abkommen von Spaa wird sich wohl erst im kommenden Monat in seiner ganzen Schärfe bemerkbar machen. Störungen der Erzeugung durch Arbeiterunruhen traten im Berichtszeitraum wieder häufig zu Tage. Die Weiterentwicklung am Eisenmarkt wird im wesentlichen von der Lösung des Kohlenproblems abhängen. Ist es nicht möglich, eine weitere Einschränkung des Kohlenabbaus zu erreichen,

zu verhindern, so wird zweifellos eine allgemeine Eisenknappheit eintreten, die auf die Preisgestaltung nicht ohne Einfluss bleiben dürfte. In der Versorgung der Hüttenwerke mit heimischen Erzen trat keine besondere Veränderung ein. Der Erzabbau während der Berichtszeit infolge der Maßnahmen der französischen Regierung. Erst Mitte September setzte die Befeuerung wieder ein. Die Einfuhr von Qualitätserzen aus Schweden und Spanien macht weiterhin Fortschritte. In hochprozentigen Manganerzen kamen aus Indien erhebliche Mengen herein, aus dem Kaukasus einzelne Ladungen. In Schrott und Gußbruch war starkes Angebot vorhanden, der Bedarf der Werke jedoch durch die verringerte Kohlenzufuhr erheblich eingeschränkt. Trotzdem trat ein Rückgang der Preise nicht ein. Die Nachfrage nach Rohstoffen überstieg immer noch die zur Verfügung stehenden Mengen. Durch Stilllegung zahlreicher Hüttenwerke trat ein Rückgang in der Rohstoffenerzeugung ein. Die Einfuhr ausländischen Roh Eisens hat sich erheblich vermindert. Hinsichtlich der Walzwerkzeugnisse gestaltete sich die Lage trüber. Die mit Wirkung ab 1. August ermäßigten Preise wurden teilweise unterboten, so auf dem Feinblechmarkt, während bei Stabeisen die Höchstpreise einschließlich Händlerzuschlages erzielt wurden. Hier war der Beschäftigungsgrad ausreichend, ebenso auf dem Röhrenmarkt. Die Lieferung von Grobblechen blieb erheblich hinter dem Bestellungen zurück. Die auf durchschnittlich 35 v. H. erhöhten Ausführungsquoten wurden von den Werken nicht voll ausgenutzt, da sie mit den Auslandspreisen nicht konkurrieren konnten. Eine Ausnahme bilden Stabeisen und Grobbleche, wofür die Werke große Auslandsaufträge erhielten. Auch für Walzdraht wurden Ausführungsquoten in voller Höhe der zulässigen Quote erteilt. Die Lage der Kleinmetallindustrie verschärfte sich weiterhin. Betriebseinschränkungen werden umfangreicher, die Zahl der stillgelegten Werke größer. In den meisten Zweigen der Kleinmetallindustrie wird auf Lager, vielfach bei gestreckter Arbeitszeit gearbeitet. Das Ausfuhrgeschäft liegt darnieder. Die früher außerordentlich lebhaften Beziehungen mit Rußland werden wieder anzuknüpfen versucht, sie scheitern jedoch vielfach an Preis- und Zahlungsschwierigkeiten. Der Balkan ist noch ganz verschlafen. (Fortsetzung folgt.)

Polales.

Breslau, den 11. Oktober.

Lebensmittelmarkt vom 11. bis 19. Oktober 1929.

1. Schmalz auf Lebensmittelmarkt O 18 und Lebensmittelmarkt 21 rot u. 21 blau
2. Sa erlösen auf Lebensmittelmarkt O 19 und Nahrungsmittelmarkt 213 blau
3. Nahrungsmittelmarkt auf Nahrungsmittelmarkt 214 weiß
4. Zwieback auf Nahrungsmittelmarkt 213 rot und Nahrungsmittelmarkt 210 braun in den 4 bekannten Preisfestsetzungen.
5. Marmelade auf Hauswirtschaftsmarkt 35.

Die Volksnacht.

Die Mehrheitler haben ein tapfres Organ,
Die Volksnacht, die Volksnacht.
Drin ziehen „Proleten“ einander 'nen Zahn
Und der Snob lacht, der Snob lacht!

Die Volksnachtwächter sind teufliche Leut,
In der Volksnacht, der Volksnacht.
Sie erklären dem „russischen Rubel“ den Streit,
Wenn er Konkurrenz macht, Konkurrenz macht!

Sie haben Moneten, sie brauchen ihn nicht,
In der Volksnacht, der Volksnacht!
It's, weil man für's aufrechte Bürgertum sicht,
In der Volksnacht, der Volksnacht! Paula.

Die Volksnacht bezeichnet sich selbst in einem Inserat (Programm der „Internationalen“, Zirkus Busch) als das Organ der werktätigen Bevölkerung und des wahrhaft aufrechten — Bürgertums!

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Erwerbslosenfrage — Rede des Genossen Grunow.
Die größte Erschütterung während der kapitalistischen Anarchie ist die von Tag zu Tag anwachsende Arbeitslosigkeit. Ihr zu steuern, ist die vorliegende Vorlage bestimmt.

Dabei täuscht sich meine Partei jedoch nicht über die Tatsache hinweg, daß die Arbeitslosigkeit untrennbar ist von dem kapitalistischen System und daß sie nur beseitigt werden kann, wenn dieses System beseitigt ist.

Als die Klasse des Proletariats noch im Schützengraben seine Haut für den Selbstruhm der herrschenden Klasse zu Markte trug, wurde die altehrwürdige Phrase ausgesprochen: „Der Dant des Vaterlandes ist Euch gewiß“. Heute liegen zahllose ehemalige Soldaten arbeitslos auf der Straße, und jeder Tag stellt dem Heer der Erwerbslosen neue Mengen zu. Die kapitalistische Klasse hat kein Interesse daran, die Produktion zu heben, und doch weiß jeder vernünftige Mensch, daß nur die Hebung der Produktion Hilfe bringen kann. Mit der Erklärung, daß die Betriebe nicht mehr genug Profite abwerfen, schneidet man die Zahl der Beschäftigten immer mehr ein, ja schließt man einen Betrieb nach dem anderen. Derselben Arbeiter, die den Kapitalisten unter dem Druck des Kriegszustandes oder an der Front über Millionen erwarben, werden hinausgeworfen, weil der Betrieb sich nicht mehr rentiert.

Sieht Arbeit wie man den Unglücklichen, die gern arbeiten würden, in Gestalt einer Erwerbslosenunterstützung einen Brocken hin, der zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel ist. Diese Erwerbslosenunterstützung ist nicht nur geeignet, die Erwerbslosen langsam auszuburgern, nein, sie wirkt auch moralisch geradezu verheerend. Die Erwerbslosen sind gezwungen, wenn sie nicht verhungern wollen, zu Scheibegerichten, ja oft genug direkt zum Diebstahl zu greifen. Unter diesen Umständen muß man sich wundern, daß noch so wenig eingebrochen wird. Nicht die Unglücklichen, die das tun, sind daran schuld, sondern eine Gesellschaftsordnung, die zuläßt, daß — nur aus Profitinteresse — die Produktion eingeschränkt wird und zahllose häßliche Arme der Arbeit entzogen werden.

Nicht Unterstützung — nein Arbeit fordern die Erwerbslosen! Sie bitten nicht — sie fordern! Nur die Sozialisierung kann uns retten. Bis das alte System geworden ist, ist es notwendig, daß die Erwerbslosen je gestellt werden, daß sie nicht direkt gezwungen sind, zu Bettelstücken zu werden. Der Winter steht vor der Tür, große Ausgaben

treten damit an jeden Einzelnen heran — es ist notwendig, daß die Allgemeinheit eingreift. In der Vorlage sehe ich mit keinem Wort die Arbeiter erwähnt. Wenn aus technischen Gründen eine sofortige einmalige Zahlung nicht möglich ist, wäre zu empfehlen, jetzt vorzugehen und dann den Rest zu zahlen. Der Rechts, sozialist. Dr. Kaiser, behauptet, die Erwerbslosen leben an der Grenze des Existenzminimums! Ich weise das aufs schärfste zurück, denn sie sind seit langer Zeit jaht unter diese Grenze gedrängt worden.

Genossen!

Herans aus der Kirche! Meldet Eure Kinder vom Religionsunterricht ab. Wollt ihr der Kirche, mit der ihr keine Gemeinschaft mehr habt, weiter Steuern zahlen?

Arbeiter! Angestellte!

Die Wahlen zum Gewerbegericht werden demnächst abgehalten. Es ist notwendig, daß das revolutionäre Proletariat auch dort seine Vertretung findet. Deshalb müssen alle über 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Wahlberechtigten sich sofort in die Wählerlisten eintragen lassen.

Die Obleute, Arbeiterräte, Betriebsräte, Distriktsführer haben Sorge zu tragen, daß die zur Eintragung in die Wählerliste erforderlichen Vorstände in genügender Zahl verteilt werden. Sie sind im Wahlamt, Stadthaus, Elisabethstraße 9, 1. Stock, Zimmer 59, in der Zeit von 8 bis 3 und von 6 bis 8 Uhr abends abzuholen, bis zum 20. d. Mts. ausgefüllt zurückzureichen. Mündliche Anmeldungen zur Wählerliste können ebendort in derselben Zeit unter Vorlegung von Legitimationen vorgenommen werden.

Die schlesischen Wahlkreise zur Preußenwahl.

Niederschlesien I mit 3 Landtagswahlkreisen: Schlesien (Reg.-Bez. Breslau-Nord), Breslau (Stadt- und Kreis Breslau), Schweidnitz (Reg.-Bez. Breslau-Mitte), Niederschlesien II mit 3 Landtagswahlkreisen: Waldenburg (Reg.-Bez. Breslau-Süd), Görlitz (Reg.-Bez. Liegnitz-West), Liegnitz (Reg.-Bez. Liegnitz-Ost), Oberschlesien mit 5 Landtagswahlkreisen: Oppeln (Provinz Oberschlesien-Nord), Ratibor (Provinz Oberschlesien Süd-West), Weß (Provinz Oberschlesien-Süd-Ost), Neutun (Provinz Oberschlesien Nord-Ost), Ratibor (Provinz Oberschlesien-Ost).

Einbruch. Dem seit März d. J. erwerbslosen Arbeiter Otto Böhler, Junfermannstraße 14, wurde durch Einbruch die gesamte Wäsche gestohlen. Wer ihm helfen kann, tue es bald.

Kiebitz-Theater. Wer einen gemächlichen Abend vorziehen will, gehe zu Kiebitz. Von Wini und Witow bis 5 Uhr zeitlich Schläger auf Schläger. Besonders hervorzuheben sind König, Gärtners Truppe, Henry Benders-Ensemble, Agis und Fred Gang. Regies Land-Mitte müßte jeder Breslauer sehen. G. D.

Verantwortlich für innere Politik, Wirtschaft, Familien- und Provinzialpolitik: Lubinski; für äußere Politik, Räte, Partei, Internationales und Lokales: Erich Kunitz; für Inserate Fritz Ulbrich. Druck: Buchverlag Pöffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Vorlesung 7 Uhr.
Madame Butterfly

Jobe-Theater.
Montag 7 1/2 Uhr.
Soralenherlein.

Thalia-Theater.
Montag 7 1/2 Uhr.
Durch die Zeitung.

Schauspielhaus.
Dienstag 7 1/2 Uhr.
Montag, Mittwoch, Freitag, Sonntag 7 1/2 Uhr.

Der Zigeunerprimas.
Dienstag, Donnerstag, Samstag 7 1/2 Uhr.

Die Frau im Hermelin.
Sonntag 7 1/2 Uhr.
Die Falschungsfee.

Schießwerder
Täglich 8 Uhr abends
5 große Akte

„Krone u. Fessel“
Klein-Klein!

Der Liebesroman der Prinzessin??
Anfangs p. 12. verpöht! Jetzt für die kleine Frei-geben! Versteht & Botschaft und im Schießwerder Preise d. Mts. 5.50, 4.40, 3.30, 2.20, 1.40 inkl. Saucer. Alleinst. Auftr. ansgew. recht! Preislos. Vollständig neue Bühnenaussstattung. Bedeutendste Feste — Herrliche Kostüme. Künstlerische Leitung: Otto Keyssner

Wer billig kaufen will dem bietet sich jetzt die beste Gelegenheit für Ausstattungen.

Damenwäsche
Damenhemden a. pr. Wäsche 39.50 u. 37.50
Flanell 48.— u. 39.50
Damenkleider a. pr. Wäsche 48.— u. 39.50
Flanell 32.50 u. 24.50
Unterwäsche mit Madrasstickerei 17.50 u. 16.50
Stickerhöschen 48.—

Bettwäsche
Deckbettbezug a. pr. Züchen u. 2 Kissen 195.—
a. pr. Linen Einseitig 2 Kissen 250.—
a. pr. Damast u. 2 Kissen 300.—
Bettdecken 65.—
Handtücher 16.50 u. 14.50

Stoffe
Züchen, pr. Qualität 17.50
Inlett 19.—
Hemdenstoff, pr. Qualität 15.75
Hemdenstoff 14.75
Handtücherstoffe 12.50 u. 9.50

J. & A. Langstadt
Güter Straße 66 an Christophersplatz

Empfehle den Genossen:
Zellulose, Zells, Seidenstoffe, Glasse,
Schnurstoffe, Seidenstoffe
zu außergewöhnlichen Preisen.
Werher liefert ganz zu Diensten.

Carl Kowarski, Schönbach, Dr. Hübner

Sonder-Angebot!

Wollene Knabensweater

Größe	40	45	50	55
Stück	9 ⁵⁰	11 ⁵⁰	13 ⁵⁰	15 ⁵⁰
Größe	40	45	50	55
Stück	12 ⁵⁰	14 ⁵⁰	16 ⁵⁰	19 ⁵⁰

Ein Doffen wollene Kinder- und Damenmägen, sowie wollene Schals weit unter Preis!

Rudolf Petersdorff
Breslau, Ohlauer-Straße 6

Geld zahle ich sofort für
Schnurstoffe
Gewebe — Glanz
neu und gezeichnet

Max Radamek,
Sonderberger Str. 9, II

Uhren
verkauft u. repariert
Felix, Farnstraße 6

Achtung! Wo?
kann man neue und alte Uhren kaufen?
Achtung! Wo?
kann man neue und alte Uhren kaufen?
Achtung! Wo?
kann man neue und alte Uhren kaufen?
Achtung! Wo?
kann man neue und alte Uhren kaufen?

Pelz-Kuffen
Pelz-Schals
Pelzhüte
Sportpelze
Pelzvorleger aller Art
Pelzmodehaus
Paul Schorsch & Co.
BRESLAU I
Junkerstrasse Nr. 22-24
Ecke Schweidnitzer Strasse.

SIL

macht die Wäsche frisch und duftig.
Bestes
Wasch- u. Bleichmittel
Reinigt und bleicht ohne Reiben, nur durch einmaliges 7-stündiges Kochen. Ein Paket kostet nur Mk. 2.— und reicht für 60—70 Ltr. Lauge.
Überall käuflich.
Henkel & Cie., Düsseldorf
Fabrikanten von Henkel's Bleich-oda.

Nur Kriegsopter! Nur Kriegsopter!

Dienstag, den 12. Oktober, vormittags 10 Uhr, auf dem Palaisplatz

große Demonstration
der Schwerkriegsbeschädigten

1. Die Reutenempfänger verlangen Arbeitslosenunterstützung.
2. Sofortige Einstellung von Schwerkriegsbeschädigten.
3. Fort mit den Doppel-Größen. Rettung vor dem Hungertode. Der Reichsbund schenkt vor jeder Tat zurück.

Internationaler Bund der Kriegsopfer Ortsgruppe Breslau.
Der Erwerbslosenrat Breslau.

Parteigenossen
kauft
Zigarren u. Zigaretten
bei
Georg Adolf Hayn, Hammerstr. 15

Ein erstklassiger Schneider
welter auch selbst zuschneiden kann, habe immer Beschäftigung bei
Szeupak & Pinkus
Geylandter Straße 23, I

LIEBICH-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr
12 Attraktionen
des Oktober-Programms, u. a.
HENRY BENDER

Nur noch kurze Zeit
Das große
Schauspiel
Die Internationale!
täglich abends
8 Uhr
in Schloß des
Zirkus Busch